

Stellungnahme des VDB zur Überarbeitung der AGVO

I. Vorbemerkungen

Die Bürgschaftsbanken übernehmen Bürgschaften zur Finanzierung erfolgsversprechender Vorhaben kleiner und mittelständischer Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und der Freien Berufe. Die von den Bürgschaftsbanken gewährten Bürgschaften stellen vollwertige Sicherheiten für alle Hausbanken dar und reduzieren die Eigenkapitalunterlegung zugunsten der Kreditinstitute. Die Tätigkeit der Bürgschaftsbanken wird nur ermöglicht durch die teilweise staatliche Rückverbürgung der ausgegebenen Bürgschaften. Im Vordergrund stehen die Förderung und der Erhalt des deutschen Mittelstandes. Die Tätigkeit der Bürgschaftsbanken erfolgt nicht gewinnorientiert, zudem sind Ausschüttungen ausgeschlossen. Die deutschen Bürgschaftsbanken sind gem. § 5 Abs. 1 Nr. 17 KStG von der Körperschaftsteuer befreit. Die deutschen Bürgschaftsbanken sind keine Kreditinstitute i.S. der CRR, sondern lediglich nach KWG. Trotzdem haben Sie aufgrund der nationalen Gesetzgebung die CRR – mit Ausnahmen zu beachten.

II. Zentrale Anmerkungen der Stellungnahme:

- Anpassungen in Artikel 1 AGVO Anwendung Begriff Unternehmen in Schwierigkeiten
- UiS Definition Nachrangdarlehen als Eigenkapital bewerten
- Erleichterte Anforderungen für den Anreizeffekt müssen auch für Investitionsbeihilfen für KMU gem. Artikel 17 der AGVO gelten
- „Share Deals“ und alleinige Übernahmen von Unternehmensanteilen sollten als Investition gelten

Nachfolgend stellen wir Ihnen unsere zentralen Forderungen im Einzelnen vor.

III. Unsere Stellungnahme

Anpassungen in Artikel 1 AGVO Anwendung begriff Unternehmen in Schwierigkeiten

Verlängerung des Ausnahmezeitraums für Unternehmen in Schwierigkeiten, da die Nachwirkungen der Pandemie einen deutlich längeren Zeitraum in Anspruch nehmen.

Vorschlag:

.....

c) Beihilfen für Unternehmen in Schwierigkeiten, ausgenommen Beihilferegelungen zur Bewältigung der Folgen bestimmter Naturkatastrophen, Beihilferegelungen für Unternehmensneugründungen und regionale Betriebsbeihilferegelungen, sofern diese Regelungen Unternehmen in Schwierigkeiten nicht gegenüber anderen Unternehmen begünstigen. Abweichend davon gilt diese Verordnung jedoch auch für Unternehmen, die am 31. Dezember 2019 keine Unternehmen in Schwierigkeiten waren, aber in der Zeit vom 1. Januar 2020 bis zum 30. September 2022 zu Unternehmen in Schwierigkeiten wurden.;

.....

Art. 1 Abs. 4 lit.c) AGVO:

Auszug:

d) Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„4. Diese Verordnung gilt nicht für

a) Beihilferegelnungen, in denen nicht ausdrücklich festgelegt ist, dass einem Unternehmen, das einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer von demselben Mitgliedstaat gewährten Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nichtnachgekommen ist, keine Einzelbeihilfen gewährt werden dürfen, ausgenommen Beihilferegelnungen zur Bewältigung der Folgen bestimmter Naturkatastrophen und Beihilferegelnungen, die unter Artikel 19b sowie Kapitel III Abschnitte 2a und 16 fallen;

b) Ad-hoc-Beihilfen für ein Unternehmen im Sinne des Buchstaben a;

c) Beihilfen für Unternehmen in Schwierigkeiten, ausgenommen Beihilferegelnungen zur Bewältigung der Folgen bestimmter Naturkatastrophen, Beihilferegelnungen für Unternehmensneugründungen, regionale Betriebsbeihilferegelnungen, Beihilferegelnungen, die unter Artikel 19b fallen, Beihilfen für KMU nach Artikel 56f und Beihilfen für Finanzintermediäre nach den Artikeln 16, 21, 22 und 39 sowie nach Kapitel III Abschnitt 16, sofern Unternehmen in Schwierigkeiten nicht gegenüber anderen Unternehmen begünstigt werden. Abweichend davon gilt diese Verordnung jedoch auch für Unternehmen, die am 31. Dezember 2019 keine Unternehmen in Schwierigkeiten waren, aber während des Zeitraums vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2021 zu Unternehmen in Schwierigkeiten wurden.“

Artikel 2 Nr. 18 AGVO Definition Unternehmen in Schwierigkeiten

UiS Definition Nachrangdarlehen als Eigenkapital bewerten

Der VDB möchte auf die Problematik der Definition von „Unternehmen in Schwierigkeiten“ in der VO (EU) 651/2014 (AGVO) hinweisen, an die auch die entsprechenden Regelungen im Temporary Framework anknüpfen.

Eine grundsätzliche Änderung der Regelung erscheint dennoch weiterhin erforderlich. Nach aktueller Auslegung der Definition in Artikel 2 Abs. 18 Buchstaben a) und b) AGVO lehnt es KOM ab, Nachrangdarlehen und ähnliche Finanzinstrumente, ob von Gesellschaftern oder Dritten gewährt, als sog. „Eigenmittel“ im Rahmen der Definition von Unternehmen in Schwierigkeiten anzuerkennen. Nachrangdarlehen werden jedoch gerade auch von vielen mittelständischen und jungen Unternehmen als Finanzierungsinstrument eingesetzt und im nationalen Insolvenzrecht als Eigenkapitalersatzend akzeptiert. Die Regelung kann in der gegenwärtigen Form daher regelmäßig dazu führen, dass Unternehmen nicht über die AGVO unterstützt werden können, obwohl dies grundsätzlich sachgerecht erscheinen würde. Hintergrund ist, dass mit geeigneten Rangrücktritten oder ähnlichen Finanzinstrumenten Insolvenzen verhindert werden können, da die entsprechenden Nachrangdarlehen bei der Überschuldungsbilanz nicht als Fremdkapital gewertet werden.

Sofern eine Überarbeitung der Regelung zu Unternehmen in Schwierigkeiten in der AGVO kurzfristig nicht möglich ist, sollten zumindest die in der AGVO enthaltenen pandemiebedingten Ausnahmeregelungen für Unternehmen in Schwierigkeiten im bis zum 30.09.2022 verlängert werden. Dies ist insbesondere für solche Unternehmen wichtig, die zu Beginn der Krise vergleichsweise gut finanziert waren, deren Reserven jedoch ggf. in den kommenden Monaten zur Neige gehen (z. B. in Folge von pandemiebedingten Disruptionen der Lieferketten oder möglichen Einschränkungen im Herbst/Winter).

Gegebenenfalls bietet es sich auch an, die Ausnahmeregelung in der AGVO (aktuell bis 31.12.2021) jetzt schon bis mindestens 31.12.2022 zu verlängern, um ein volles Kalenderjahr anzusetzen. Ein unterjähriges Ende der Erleichterungen entspricht nicht den üblichen Bilanzierungsterminen der KMU. Die überwiegende Anzahl der Unternehmen bilanziert mit dem Ende eines Geschäftsjahres zum Ende des Kalenderjahres. Wenn die Ausnahmeregelung - wie derzeit festgelegt - unterjährig endet, müsste ein Unternehmen, welches turnusmäßig zum Ende des Kalenderjahres bilanziert, für die Prüfung der Förderfähigkeit ggf. eine vom Geschäftsjahr abweichende Bilanz erstellen. Dies bedeutet für die Unternehmen zusätzliche Kosten und Bürokratie.

Artikel 6 AGVO Anreizeffekt

Artikel 6 enthält Regelungen zum Anreizeffekt. Im Allgemeinen ist der beschriebene Prozess sehr aufwendig und bürokratisch. Es sind zahlreiche Informationen zur Verfügung zu stellen. Die Verfahrensweise entspricht nicht einer Vereinfachung der Prozesse, sondern führt zu einem erheblichen Bürokratieaufbau. Für KMUs sind teilweise Erleichterungen vorgesehen. Diese Erleichterungen hinsichtlich KMU gelten in den Fällen gem. Artikel 6 Abs. 5 lit. b) der Verordnung, sofern die weiteren notwendigen Voraussetzungen der Verordnung eingehalten werden. In den genannten Fällen gilt der Anreizeffekt als gegeben. Wir sind der Auffassung, dass von dieser Erleichterung alle Regelungen zu Gunsten von KMU – insbesondere aber die Regelung des Artikels 17 Investitionsbeihilfen für KMU erfasst werden sollten. Eine anderweitige Differenzierung zwischen KMU Beihilfen halten wir für nicht sachgerecht.

Artikel 17 KMU Investitionsbeihilfen AGVO

Artikel 17 Abs. 3 der Verordnung definiert die förderfähigen Kosten für Investitions- Beihilfen.

Kosten im Rahmen eines Erwerbs von mit einer Betriebsstätte verbundenen Vermögenswerten gem. Artikel 17 Abs. 3 lit. b) der Verordnung sind nur dann förderfähig, sofern andernfalls eine Betriebsschließung erfolgte bzw. erfolgt wäre. Wir halten diese Bedingung nicht für angemessen. Durch diese enge Ausgestaltung wird in einigen Fällen eine Neugründung erschwert. Dies gilt umso mehr für Nachfolgefinanzierungen. Unseres Erachtens ist bei der Betrachtung nicht auf die genannten Bedingungen abzustellen. Vielmehr sollte die Betrachtung auf die Neugründung ausgerichtet sein, die durch die Anerkennung der Kosten als förderfähig ermöglicht würde.

Zudem möchten wir anfügen, dass „share deals“ und Übernahmen von Unternehmensanteilen gem. Art. 17 Abs. 3 der Verordnung nicht als Investition gelten. Wir halten diese Einschränkung für nicht gerechtfertigt. Auch bei derartigen Konstellationen liegt bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise eine Investition vor.